

Auf und ab in München

Die IPPNW-Regionalgruppe München stellt sich vor

Als die deutsche Sektion der IPPNW 1982 gegründet wurde, gab es in München bereits eine parteienunabhängige außerparlamentarische Ärzteopposition, die aus der Anti-AKW- und der Friedensbewegung entstanden war. Nach dem ersten Gesundheitstag in Berlin 1980 wurden auch in München ein Gesundheitsladen und die Initiative „Mediziner gegen atomare Bedrohung“ gegründet, in der ich Mitglied war. Im Sommer 1981 erschien eine ganzseitige, von vielen Kolleginnen und Kollegen bundesweit unterschriebene Anzeige mit dem Aufruf „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“ im Deutschen Ärzteblatt und der Tagespresse. Im gleichen Jahr fand der „1. Medizinische Kongress zur Verhinderung des Atomkriegs“ in Hamburg statt, dessen zweiten Nachfolgekongress unsere Basisinitiative 1983 in München veranstaltete.


Auch nach Gründung der IPPNW bestand in München weiterhin die Initiative der „Mediziner gegen atomare Bedrohung“, da uns damals die Eigenständigkeit wichtig war. Viele Kolleginnen und Kollegen waren sowohl Mitglied in der IPPNW als auch in der Basisinitiative. Wir Ärztinnen und Ärz-

te aus der Anti-AKW-Bewegung, gewerkschaftlich Organisierte, IPPNW-Mitglieder, Grüne, Konservative und Linke jeglicher Schattierung trafen uns alle 14 Tage in der Kreuzkirche (Teilnehmerzahl meist über 50). Im Plenum oder in Arbeitsgruppen diskutierten wir psychosoziale und historische Aspekte von Krieg und Frieden, Niedrigstrahlung, zivile Verteidigung, Aufrüstung und Sozialabbau.

1984 beschäftigten wir uns besonders mit dem drohenden Zivilschutzgesetz und der damit einhergehenden Militarisierung der Katastrophenmedizin. Um die Münchner Ärzteschaft darüber aufzuklären, nutzten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbands (ÄKBV), an der fast 500 Münchner Ärztinnen und Ärzte teilnahmen und mehrheitlich das geplante Gesetz und die Fortbildung in Katastrophenmedizin ablehnten. Heute ist diese Teilnehmerzahl unvorstellbar. Alle Beschlüsse, die von der Mitgliederversammlung gefasst wurden, wurden im Nachhinein vom Vorstand des ÄKBV und der Regierung von Oberbayern als politische Stellungnahme außer Kraft gesetzt. Diese undemokratische Vorgehensweise

bewog uns, zu den Wahlen der Münchner Standesorganisationen im November 1986 mit eigener Liste zu kandidieren.

Im gleichen Jahr fanden an Ostern große Aktionen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf statt. Durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 wurden wir in unserer Ablehnung jeglicher Nutzung von Kernkraft und -energie bestätigt und verstärkten unsere Aktionen und Aufklärungen. Alle diese Erfahrungen bestärkten uns darin, eine größere Öffentlichkeit für unsere Anliegen zu suchen und uns in die Gremien der Ärztekammer wählen zu lassen. Wir nannten uns „Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“, Professor Herbert Begemann – Mitbegründer der deutschen Sektion der IPPNW – war unser Listenführer, viele IPPNW-Mitglieder ließen sich als Kandidaten aufstellen. Auf Anhieb errangen wir bei dieser Wahl 27 % der Stimmen. Die standespolitische Arbeit war allerdings kräftezehrend und wenig erfreulich. Wir



DAS GESCHWÄRZTE ROTE KREUZ MIT DER FRIEDENSTAUBE WAR DAS SYMBOL DES DRITTEN MEDIZINISCHEN KONGRESSES ZUR VERHINDERUNG EINES ATOMKRIEGES.

wurden von vielen Standespolitikern angefeindet, als Nestbeschmutzer und sogar als „RAF-Terroristen“ bezeichnet. Aber es gab auch Erfolge. Auf dem 90. Deutschen Ärztetag 1987 initiierte die „Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“ eine Auseinandersetzung über Medizin im Nationalsozialismus. In monatelanger Arbeit entstand unter Federführung von Renate Jäckle und anderen Kolleginnen und Kollegen die Dokumentation „Schicksale jüdischer und ‚staatsfeindlicher‘ Ärztinnen und Ärzte nach 1933 in München“, die 1988 erschien. Zur Erinnerung an das „Erlöschen“ der Approbation der jüdischen Ärzte vom 30.9.1938 organisierten wir in München eine Demonstration im September 1988 mit über 100 teilnehmenden Ärztinnen und Ärzten. Diese Aktivitäten trugen wesentlich dazu bei, dass sich endlich auch die Münchner Ärzteschaft mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzte.

Diese intensive politische Arbeit hinterließ Spuren. Die Doppelbelastung in IPPNW und Ärztekammer band Kräfte. Einige IPPNW-Mitglieder waren ausgebrannt, einige mussten bisher Versäumtes für Familie oder Karriere nachholen. Nach dem Mauerfall 1989 bestand bei etlichen Mitgliedern aus dem linken Spektrum eine

nachdenkliche und selbstkritische Stimmung, wie man selbst zum Zerfall des Ostblocks und der Auflösung der DDR stand. Dies alles lähmte die politische Arbeit. Unsere Treffen in der Kreuzkirche wurden immer spärlicher besucht. Bis Mitte der 90er Jahre hielten wir die IPPNW-Gruppe noch am Leben. Unsere Hoffnung, die Friedensarbeit an junge Kolleginnen und Kollegen weitergeben zu können, erfüllte sich leider nicht. Es gab aber einige IPPNW-Mitglieder, die trotzdem kontinuierlich weiterarbeiteten. Ich möchte beispielhaft dafür Waltraud Wirtgen nennen. Als Gründungsmitglied von „Refugio München, Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer“ hat sie Pionierarbeit im Bereich der Untersuchung und Begutachtung von traumatisierten Flüchtlingen geleistet. Da sie langjährig Menschenrechtsbeauftragte des ÄKBV München war und für die IPPNW im Forum Menschenrechte mitarbeitete, konnte sie diese Erfahrungen in politische Gremien einbringen. Außerdem ist sie langjährig im „Arbeitskreis Flüchtlinge und Asyl“ der IPPNW aktiv.

2013 wurde in München die „bayrische Ärzteinitiative für Flüchtlingsrechte“ gegründet, in der auch IPPNW-Mitglieder mitarbeiten und sich vor allem dem Schutz unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) widmen. Der Hungerstreik von Asylsuchenden in München im Juni und November 2013 wurde von einigen IPPNW-Kollegen medizinisch begleitet. Unsere Münchner Studierendengruppe hat die Initiative „migraMed“ initiiert, die Flüchtlinge bei Arztbesuchen begleitet und unterstützt. Vereinzelt IPPNW-Mitglieder nehmen an Demonstrationen wie z.B. anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz, an Ostermärschen oder am Hiroshimataag teil. 2014 haben wir mit zwei Veranstaltungen: „Krise in der Ukraine“ und „Palästina: ein Reisebericht“ versucht, die friedenspolitische Diskussion unter unseren Mitgliedern wiederzubeleben, leider mit mäßigem Erfolg. Haiko Reuter koordiniert seit Jahren unermüdlich die Organisationsarbeit der Regionalgruppe München und Oberbayern, steht mit lokalen und überregionalen Friedensinitiativen im ständigen informellen Austausch und hält Kontakte zu den Medien. Vielleicht macht ja dieser Artikel der einen oder dem anderen Kollegin/Kollegen Mut, Kontakt mit uns zu suchen. Wir würden uns sehr darüber freuen.

Für die Gruppe: Ingeborg Oster



INGEBORG OSTER UND DIRK PETRY
VON DER REGIONALGRUPPE AM
HIROSHIMATAG 2014 IN MÜNCHEN